Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 97 (2022)
Heft: 2

Artikel: Belarus, Flüchtlinge und die EU
Autor: Goertz, Stefan
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1005985

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Belarus, Flüchtlinge und die EU

Seit dem Sommer 2021 war festzustellen, dass Tausende Flüchtlinge aus dem Irak, aus Syrien, aus Afghanistan und anderen Ländern nach Belarus geflogen und von dort aus über die Grenze in die EU, nach Polen und die meisten davon danach weiter nach Deutschland, eingereist waren. Die belarussische Regierung brachte diese Menschen nach medialen Angaben gezielt an und über die Grenze zur EU.

Prof. Dr. Stefan Goertz, Bundespolizei, Hochschule des Bundes, Lübeck

Dieser Beitrag stellt die persönliche Auffassung des Autors dar.

Etwa 100 Menschen täglich, mindestens 20 000 Menschen sollen so bis Mitte Oktober 2021 in die Grenzregion zwischen Belarus und der EU gekommen sein.

Medial und politisch breiter thematisiert wurde dies allerdings erst ab dem Herbst 2021. Hier werden zu Beginn die Hintergründe des Konflikts Belarus-Europäische Union thematisiert, die Rolle des belarussischen Machthabers Alexander Lukaschenko in dieser aktuellen Krise beschrieben sowie abschliessend die Reaktionen der EU sowie einzelner Mitgliedsstaaten, wie beispielsweise Polen, dargestellt.

Hintergrund

Im Spätsommer des Jahres 2021 kamen teilweise mehrere Hundert Flüchtlinge pro Tag aus dem Irak, aus Syrien und aus Afghanistan über Belarus nach Polen und von dort nach Deutschland, vor allem nach Brandenburg. Die Bundespolizei zählte mehr als 10 000 unerlaubte Einreisen nach Deutschland mit einem Bezug zu Belarus. Allein im Oktober wurden in Deutschland 5285 unerlaubte Einreisen mit Bezug zu Belarus registriert, meist an der deutsch-polnischen Grenze in Brandenburg. Im November waren es noch 2849.

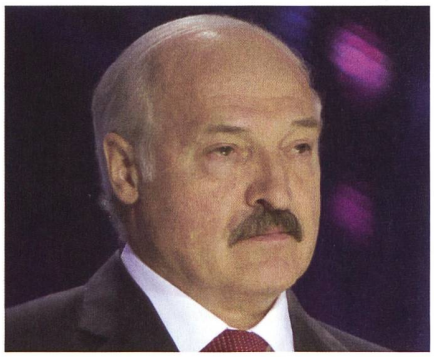
Im Dezember 2021 kamen dann nur noch wenige Flüchtlinge über Belarus und Polen. Der Innenminister von Brandenburg, Michael Stübgen, bezeichnete dies als «Ergebnis harter internationaler Diplomatie». Polen, Litauen und Lettland versuchten nach Angaben des Innenministers von Brandenburg zudem, die EU-Aussengrenze nach Belarus abzuriegeln. Somit kommen dort deutlich weniger Flüchtlinge durch und auch das Winterwetter könnte sie abschrecken, so Stübgen.

Nachdem sich die Situation vor Ort dramatisch zugespitzt hatte, hat Polen am 9.11.2021 den Grenzübergang Kuznica zu Belarus geschlossen. Zu diesem Zeitpunkt hielten sich laut der polnischen Behörden mindestens 4000 Menschen aus dem Irak und Afghanistan in dieser Region auf, auch danach harrten weiterhin rund 2000 Menschen dort aus. Es gibt Hinweise, dass die Menschen von belarussischen Sicherheitskräften gezielt dorthin gelenkt worden waren. Der Konflikt zwischen dem belarussischen Staatschef Alexander Lukaschenko und der EU eskalierte bereits im Sommer 2021, breite mediale Berichterstattung dazu gab es aber erst im Herbst 2021. Bereits Anfang August hatte der EU-Aussenbeauftragte Josep Borrell im Namen der 27 Mitgliedstaaten erklärt: «Die EU ist bereit, angesichts der eklatanten Missachtung internationaler Verpflichtungen durch das Regime weitere Massnahmen in Erwägung zu ziehen», mit dem «Ausnutzen von Migranten für politische Zwecke und der erzwungenen Landung eines Passagierflugzeugs hat Belarus weitere internationale Normen infrage gestellt».

Aus der Sicht der EU wurde dies gezielt von der belarussischen Regierung Lukaschenkos betrieben. Dieser hatte zuvor offen damit gedroht, als Reaktion auf die EU-Sanktionen Flüchtlinge aus Ländern wie dem Irak, Afghanistan und Syrien nach Polen passieren zu lassen. Lukaschenko war im August 2020 trotz massiver Vorwürfe wegen Wahlfälschung zum Wahlsieger erklärt worden, Massenproteste liess er mit Gewalt niederschlagen. Wegen der Unterdrückung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Opposition verhängte die EU Anfang 2021 mehrfach Wirtschafts-

Bilder: Wikimedia

Der Konflikt zwischen dem belarussischen Staatschef Alexander Lukaschenko und der EU eskalierte bereits im Sommer 2021, breite mediale Berichterstattung dazu gab es aber erst im Herbst 2021.



Mitte November 2021 warnte der als «letzter Diktator Europas» bezeichnete belarussische Machthaber Alexander Lukaschenko die EU davor, Russland «mit in den Konflikt zu ziehen».

EU-Aussenbeauftragter Josep Borrell: «Die EU ist bereit, angesichts der eklatanten Missachtung internationaler Verpflichtungen durch das Regime weitere Massnahmen in Erwägung zu ziehen.»

sanktionen gegen belarussische Einzelpersonen und einzelne Wirtschaftszweige und Firmen in Belarus. Die EU forderte im August 2021 die Freilassung von mehr als 600 politischen Gefangenen in Belarus sowie freie und faire Wahlen.

Die EU warf Lukaschenko im Frühherbst dann offiziell und sichtbarer vor, absichtlich Flüchtlinge an die Grenzen der EU-Staaten Lettland, Litauen und Polen zu bringen, um Vergeltung für bisherige EU-Sanktionen zu üben. Zehntausende Menschen aus Krisenländern im Nahen Osten und Afghanistan sollen per Flugzeug nach Minsk und dann an die Grenze zu den EU-Staaten gebracht worden sein. Machthaber Lukaschenko versuche, die EU zu destabilisieren, erklärten Vertreter der EU.

Mitte November 2021 warnte der als «letzter Diktator Europas» bezeichnete belarussische Machthaber Alexander Lukaschenko die EU davor, Russland «mit in den Konflikt zu ziehen». Diese Aussage wurde medial als indirekte Drohung bezeichnet: «Falls wir hier, was Gott behüte, auch nur den geringsten Fehler begehen, wird das sofort Russland mit hineinziehen», sagte Lukaschenko. An dieser Stelle fügte der autoritäre Machthaber einen entscheidenden Zusatz an: Russland sei die «grösste Atommacht der Welt».

Nachgeben wolle der belarussische Präsident keinesfalls: «Sie werden uns nicht auf unseren Knien sehen.» Lukaschenko wandte sich direkt an die Europäische Union. Die EU führe einen «Hybrid-Krieg», behauptete Lukaschenko in Umkehrung des Vorwurfs an seine Adresse. «Und ihr Bastarde, Wahnsinnige, wollt, dass ich euch vor Migranten schütze?», fragte Lukaschenko im staatlichen Fernsehen rhetorisch und gab der EU die Verantwortung für die prekäre Situation an der Grenze: «Ich befürchte, dass diese Konfrontation an der Grenze wegen der Migranten zu einer aktiven Phase führen kann. Das sind Gründe für Provokationen. Alle Provokationen sind möglich.»

Im Flüchtlingsstreit mit der EU drohte der belarussische Machthaber Lukaschenko Mitte November dann mit Gegenmassnahmen im Falle neuer EU-Sanktionen: «Wenn sie neue Sanktionen gegen uns verhängen, müssen wir reagieren», sagte Lukaschenko laut der staatlichen Nachrichtenagentur Belta. Er nannte als Möglichkeit vor allem den Stopp von Gaslieferungen, die aus Russland über die Jamal-Pipeline durch Belarus und Polen in die EU kommen.

EU-Diplomaten erklärten Mitte November, die EU bereite im Konflikt mit Belarus eine weitere Verschärfung der Sanktionen vor. Demnach stimmten die Botschafter der 27 EU-Staaten erweiterten Sanktionskriterien zu. Sie umfassten die «Instrumentalisierung von Migranten» und «Schleusung».

Der damalige deutsche Aussenminister Heiko Maas sicherte dem Nachbarland Polen die Solidarität der EU zu und Maas warf dem Machthaber Lukaschenko ein skrupelloses Spiel mit Menschenleben vor: «Das Problem ist Lukaschenko und Belarus und das Regime, das es dort gibt.» Polen habe deshalb europäische Solidarität verdient, sagte der damalige Aussenminister.

Maas drohte Mitte November erneut mit Sanktionen, nicht nur gegen Belarus, sondern auch gegen beteiligte Transitländer und Fluggesellschaften: «Niemand sollte sich ungestraft an Lukaschenkos menschenverachtenden Aktivitäten beteiligen dürfen.»

Reaktion der EU

Das EU-Mitgliedsland Polen plant seit Herbst 2021 den Bau eines Grenzzauns entlang der Grenze zu Belarus. 187 Kilometer lang und fünfeinhalb Meter hoch soll der Sperrzaun werden, zusätzlich sollen Sensoren und Bewegungsmelder Aktivitäten in Grenznähe aufdecken.

Ein Sprecher der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) sieht in dem Bau eines Grenzzauns als Aussenmauer das Ergebnis eines Rechtskonflikts: Einerseits habe jedes Land die Pflicht, Verfolgten Schutz zu gewähren. Andererseits dürfe jedes Land seine Staatsgrenzen schützen und illegale Einwanderung verhindern. Grenzsperren, die zwischen zwei oder mehr Ländern stehen, bedeuteten auch eine Art Teilung der EU selbst.

Während es im Rat der EU-Mitgliedsländer Stimmen gibt, die sich eine EU-Unterstützung für Mauerbau-Vorhaben wie in Polen wünschen, bleibt die EU-Kommission skeptisch. Wie man Grenzschutz und Asylverfahren in Einklang bringen kann, wird innerhalb der EU – vor allem seit der «Flüchtlingskrise» im Jahr 2015 – diskutiert.

Mittlerweile verstärken 15 000 polnische Soldaten den Grenzschutz und die Polizei an der Grenze zu Belarus. Jaroslaw Kaczynski, Vorsitzender der polnischen Regierungspartei PiS, sagte Ende November 2021: «Einen hybriden Krieg haben wir bereits, aber einen Krieg im eigentlichen Sinne, mit Waffen, ist eher nicht zu sehen am Horizont. Ich sage bewusst eher, denn wir haben es mit Lukaschenko mit einem unberechenbaren Gegner zu tun.»

Anfang Dezember 2021 haben die EU, die USA, Grossbritannien und Kanada neue Sanktionen gegen Belarus verhängt. Wie das US-Aussenministerium sowie das US-Finanzministerium mitteilten, richten sich die Strafmassnahmen gegen 20 Einzelpersonen sowie zwölf Unternehmen und Institutionen, die an der Schleu-

sung von Migrantinnen und Migranten beteiligt seien. Sie seien eine «Reaktion auf die eklatante Missachtung internationaler Normen» durch die Regierung des belarussischen Machthabers Alexander Lukaschenko.

Die US-Strafmassnahmen erstrecken sich auch auf die staatlich kontrollierte belarussische Frachtfluglinie Transaviaexport. Die von den Sanktionen Betroffenen «haben die Schleusung von Migranten in die Europäische Union (EU) durch das Regime ermöglicht, sich an der anhaltenden Unterdrückung von Menschenrechten und Demokratie beteiligt und das Regime finanziell unterstützt», teilte das US-Finanzministerium mit.

Die EU setzte zudem Reiseverbote und Kontensperrungen für 17 weitere Personen in Kraft - darunter auch Grenzschützer und Soldaten. Ausserdem sind zehn Unternehmen und eine Sondergrenzschutzeinheit von den Strafmassnahmen betroffen.

Unter anderem ist die belarussische Fluggesellschaft Belavia auf der Sanktionsliste, ebenso Tourismusunternehmen und Reiseveranstalter. Zudem wurden aus dem Ausland die syrische Fluggesellschaft Cham Wings und ein Pass- und Visadienst aus der Türkei mit Strafmassnahmen belegt. Wegen ihrer Unterstützung von Lukaschenko sanktionierte die EU darüber hinaus auch drei weitere staatliche belarussische Industrieunternehmen. Darunter sind das Petrochemie-Unternehmen Belorusneft, der Fahrzeugreifenhersteller Belshina und der Hersteller von Stickstoffverbindungen Grodno Azot.

Schlepper auf Facebook

Mitte Dezember berichtete die Neue Zürcher Zeitung von einer Untersuchung der Analyse-Firma Semantic Visions, mit Sitz in Prag und London, die einen besonderen Fokus auf Desinformations- und Propagandakampagnen legt.

Von Mitte Juli bis Ende Oktober 2021 untersuchten die Analysten dieser Firma die Aktivitäten arabischsprachiger Nutzer auf Facebook, Telegram, Twitter, Tiktok und Whatsapp und kamen zum Ergebnis, dass vor allem Facebook eine zentrale Rolle bei der Organisation der Routen Irak/Syrien/Afghanistan-Belarus-EU Migrationsströme spielte. Dort entstanden

Mittlerweile verstärken 15 000 polnische Soldaten den Grenzschutz und die Polizei an der Grenze zu Belarus.

Dutzende von Gruppen mit Namen wie «Migration of the powerful from Belarus to Europe» oder «Belarus Online» und wuchsen Anfang September innerhalb weniger Tage auf rund 30 000 Mitglieder.

Die Analysten von Semantic Visions zeigten anhand zahlreicher Screenshots auf, wie Schlepper in Zusammenarbeit mit Reisebüros aus dem Irak, Libanon, der Türkei und Syrien Visa und Reisen arrangierten, um die Reise nach Europa zu ermöglichen. Besonders intensiv wurde die Flucht nach Deutschland beworben.

Die Schlepper, die die Flüchtlinge von Polen nach Deutschland brächten, leben laut dem Bericht in der Regel in Deutschland, wie sich an den Telefonnummern erkennen lasse. Diese Schlepper gaben nach Angaben jener Analyse in Facebook-Gruppen detailliert Auskunft darüber, wie man sich Visa ausstellen lässt, wie man Schlepper für die Weiterreise nach Deutschland «bucht», wie man Polizeikontrollen entgeht und sich im Wald orientiert.

In sozialen Netzwerken veröffentlichte Videos zeigen, wie belarussische Grenzschützer Flüchtlinge in ihren Fahrzeugen an jene Bereiche der Grenze zu Polen und Litauen brachten, an denen sich weniger Patrouillen der EU befanden.

Auch sollen belarussische Grenzschützer die Flüchtlinge mit Werkzeugen zum Durchschneiden von Stacheldraht ausgestattet haben und sie dazu gedrängt haben, die Grenzen illegal im Wald zu überqueren, selbst wenn die Flüchtlinge lieber an offiziellen Grenzübertritten Asyl beantragen wollten. Im Bericht von Semantic Visions ist auch ein Foto aus den sozialen Netzwerken zu sehen, das vor der belarussischen Botschaft in Damaskus aufgenommen worden sein soll.

Dieses zeigt eine Liste mit Reisebüros, die Reisen und Visa für Weissrussland organisierten. Ab Mitte/Ende November 2021 hatte die EU dann Sanktionen gegen mehrere Einzelpersonen und Unternehmen verhängt, die in die illegale Migration verstrickt sein sollen. Zu den mit Sanktionen belegten Unternehmen zählt nach Angaben der NZZ auch der private Pass- und Visa-Service VIP Grub, der Visa für Weissrussland in der Türkei ausstellte.

Die NZZ berichtete, dass VIP Grub Mitte Oktober auf Facebook die Reise nach Weissrussland mit den Worten bewarb: «Eine lohnende Gelegenheit für ein Leben in Europa.» Der Beitrag war mit den Hashtags «Europa» und «Weissrussland», aber auch mit Hashtags zu zahlreichen nordafrikanischen und arabischen Staaten versehen, in denen man auf diese Weise potenzielle Kunden erreichen wollte.

Fazit

Medial und politisch quasi einstimmig wird seit Herbst 2021 in Europa konstatiert, dass der belarussische Machthaber Lukaschenko «Flüchtlinge als Druckmittel gegen die EU gebraucht». Unmittelbar nach dem Verkünden der neuen Sanktionen der USA und der EU gegen belarussische Einzelpersonen, unter anderem gegen den Sohn des belarussischen Machthabers Lukaschenko, Dmitri Lukaschenko, sowie einzelne belarussische Organisationen und Institutionen, Anfang Dezember 2021, kündigte Belarus umgehend harte Gegenmassnahmen in Richtung EU an: «Als Antwort werden wir harte, asymmetrische, aber angemessene Massnahmen ergreifen», teilte das belarussische Aussenministerium mit. Von den US-Sanktionen sind auch Kali-Unternehmen in der Düngemittelindustrie betroffen. Der Sektor mit seinem starken Exportgeschäft gehört zu den Stützpfeilern des Systems von Lukaschenko.

Die belarussische Opposition hat immer wieder gefordert, Sanktionen gegen solche systemerhaltenden Industriezweige zu erlassen. Die bisherigen Sanktionen der EU und der USA hatte Lukaschenko stets heruntergespielt. Er verwies darauf, dass vor allem Russland, aber auch China Belarus wirtschaftlich am Leben erhalten.